Eingang Büro Stadtrat	Vorlagen-Nr. Stadtrats-Sitzung	TOP Stadtratssitzung
21.07.2008	803-48/2008	3 ö.T.

Stadtverwaltung Eisenach

- Beschlussvorlage
 Berichtsvorlage

Dezernat	Amt	Aktenzeichen
I	20	20.1 / 20 50 06

Betreff
Weitere Verfahrensweise zum Abschluss von derivaten Finanzinstrumenten nach Ablehnung der Änderung der Hauptsatzung durch den Stadtrat am 20.06.2008

vom Fachamt auszufüllen			vom Büro Stadtrat auszufüllen					
Beratungsfolge (Zutreffendes ankreuzen)	Sitzung		Sitzungstermin	TOP	Abstimmungsergebnis			Beschluss Nr.
	öff.	nichtöff.			ja	nein	Enthalt.	
☐ Beigeordnetensitzung								
☐ Ortschaftsrat	☐	☐						
☐ Rechnungsprüfungsausschuss	☐	☐						
☐ Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus	☐	☐						
☐ Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen	☐	☐						
☐ Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	☐	☐						
☐ Jugendhilfeausschuss	☐	☐						
☐ Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss	☐	☐						
☒ Haupt- und Finanzausschuss	☒	☐	23.07.2008	8ö.T.				
☒ Stadtrat	☒	☐	29.08.2008	3ö.T.				

Finanzielle Auswirkungen			
☐ keine haushaltmäßige Berührung		☐ Einnahmen Haushaltsstelle:	
☐ weitere Ausgaben HH-Stelle:		☐ Ausgaben Haushaltsstelle:	
HH-Mittel	Lt. HH bzw. NTHH d. lfd. Jahres (aktueller Stand) -EUR-	HaushaltAusgabereist -EUR-	insgesamt -EUR-
HH/JR Inanspruchnahme ./ verausgabt ./ vorgemerkt			
= verfügbar			
Frühere Beschlüsse			
Beschluss-Nr.: 0531/2007 Beschluss-Nr.: HF 0430/2008 Vorlagen-Nr.: 779-45/2008 Beschluss-Nr.:			

SR_VOR_V4.11

I. Bericht

Der Stadtrat der Stadt Eisenach hat in seiner Sitzung am 20.06.2008 die Änderung des § 7 der Hauptsatzung **abgelehnt**. Durch die Änderung sollte der Oberbürgermeister zum Abschluss

„nachfolgend aufgelisteter derivater Finanzierungsinstrumente zur Optimierung von Konditionen sowie zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken bestehender Verträge mit Banken, wobei die Summe der Abschlüsse 25 % des Kreditvolumens der Stadt Eisenach nicht übersteigen darf:

- Swap
- Forward-Swap
- Cap
- Floor
- Collar
- Forward-Darlehen“

ermächtigt werden.

Gemäß dem **Rundschreiben** des Thüringer Innenministeriums zum „Einsatz von Derivaten in der kommunalen Kreditwirtschaft“ sind Voraussetzungen für den Abschluss von derivaten Finanzgeschäften das Vorliegen eines **Grundsatzbeschlusses**, welcher Festlegungen zur Art und zum maximalen Risiko enthält, und einer internen **Arbeitsanweisung**, welche die Verfahrensweise im Umgang mit Derivaten regelt.

Der entsprechende Grundsatzbeschluss wurde durch den Stadtrat (Nr. 0531/2007) am 29.08.2007 beschlossen. Darin sind sowohl die **Arten** (siehe oben) als auch das **maximale Risiko** (maximal 25 % des gesamten Kreditvolumens) festgelegt worden, wie es gemäß dem o. g. Rundschreiben **erforderlich** ist. Ein Entwurf einer entsprechenden **Dienstanweisung** liegt ebenfalls vor und wird derzeit verwaltungsintern besprochen. Sie soll in Kürze durch den Oberbürgermeister erlassen werden.

Der Grundsatzbeschluss enthielt daneben eine weitere Festlegung, dass zur Optimierung des Zinsmanagements eine **externe Beratung** beauftragt werden soll. Diese Voraussetzung wurde durch den (einstimmigen) Beschluss (Nr. HF 0430/2008) des Haupt- und Finanzausschusses vom 20.02.2008 umgesetzt. Hier wurde ein Kreditinstitut, zunächst begrenzt auf ein Jahr, mit der Beratung für das **Kreditportfoliomanagement** beauftragt, die entsprechenden Verträge sind im März unterzeichnet worden. Die jährlichen Kosten für die Beratung und die Nutzung der Software betragen **rd. 16.000 Euro**.

Eine Änderung der Hauptsatzung ist entsprechend des o. g. Rundschreibens **nicht erforderlich**. Dennoch wurde in der Begründung des Grundsatzbeschlusses seitens der Verwaltung **vorgeschlagen**, eine **Anpassung bzw. Präzisierung** des § 7 Abs. 2 Buchst. c) der Hauptsatzung vorzunehmen. Hierdurch sollte die bisherige Formulierung „...Abschluss von Zinssicherungsvereinbarungen“ dahingehend konkretisiert werden, dass eine Festlegung der Arten sowie des maximalen Risikos erfolgt. Die Änderung wurde seitens der Verwaltung als sinnvoll angesehen, damit die notwendige **Flexibilität** des Kreditportfoliomanagements (Treffen kurzfristiger Entscheidungen) gewährleistet werden kann.

Der Oberbürgermeister wäre, **entgegen der Darstellung in den Medien**, trotz der Ablehnung der Änderungssatzung durch den Stadtrat, berechtigt, derivative Finanzgeschäfte im **vorgegebenen Rahmen abzuschließen**, sobald die entsprechende Dienstanweisung erlassen ist.

Jedoch gibt die Ablehnung durch den Stadtrat der Verwaltung Anlass dazu, den **grundlegenden Standpunkt** des Stadtrates zu derivaten Finanzgeschäften und zur Fortführung des Kreditportfoliomanagements zu überprüfen. Es stellt sich insbesondere die Frage, ob

- 1.) der Stadtrat entgegen dem Beschluss vom 29.08.2007 derivate Finanzgeschäfte und damit ein aktives Kreditportfoliomanagement **grundsätzlich** ablehnt oder
- 2.) der Stadtrat derivate Finanzgeschäfte grundsätzlich befürwortet und allein die **Übertragung der Entscheidungsbefugnis** auf den Oberbürgermeister ablehnt.

Für beide Fälle werden nachfolgend die wesentlichen **Auswirkungen** dargestellt.

zu 1.)

In diesem Fall müsste zumindest der erste Teil des o. g. **Grundsatzbeschlusses aufgehoben** werden, durch welchen der Oberbürgermeister zum Abschluss derivater Finanzgeschäfte ermächtigt wurde. Eine Aufhebung des zweiten Teils (Beauftragung eines externen Beraters) ist nicht zwingend erforderlich bzw. sinnvoll, weil die entsprechenden Verträge bereits abgeschlossen sind und ein Rücktritt vom Vertrag vor Ablauf eines Jahres ohnehin nicht möglich ist.

zu 2.)

In diesem Fall müssten sämtliche Einzelentscheidungen durch den Stadtrat oder den HA/FA getragen werden. Um diese dann auch zeitnah herbeiführen zu können, müssten die entsprechenden Sitzungen immer dann stattfinden, wenn der Portfoliobeirat eine Empfehlung erarbeitet hat, in der Regel also **im Anschluss** an die Sitzungen des Portfoliobeirats. Ggf. müssten Sitzungen **allein** deswegen außerordentlich einberufen werden. Schließlich ist die Umsetzung eines zielgerichteten und erfolgreichen Zins- und Schuldenmanagements häufig an **sehr kurzfristige Entscheidungen** gebunden. Nach Einschätzung der Verwaltung ist dies unter den dann gegebenen Bedingungen jedoch nur schwer zu realisieren.

Von Seiten der Verwaltung kann daher nur eine Übertragung der Entscheidungsbefugnis (bis zu einem in der Dienstanweisung zu erlassenden Rahmen) auf den Oberbürgermeister **empfohlen** werden. Sofern der Stadtrat dem jedoch nicht zustimmen kann, sollte analog wie unter 1.) verfahren werden, weil dadurch eine **wesentliche** Voraussetzung des Grundsatzbeschlusses nicht erfüllt ist. Ein **effektives** Kreditportfoliomanagement mit dem Ziel Senkung der Zinsbelastung erscheint unter diesen Umständen **nicht** möglich.

Um die **Bedeutung** und die **Chancen** eines aktiven Kreditportfoliomanagements für die Stadtverwaltung noch einmal zu verdeutlichen, schlage ich hiermit folgende **weitere Verfahrensweise** vor:

- ✓ Anhand einer **Präsentation** in einer Sitzung des HA/FA soll verdeutlicht werden, welche **Auswirkungen** sich aus der Anwendung verschiedener Instrumente des Kreditportfolios mittels konkreter Zahlenbeispiele aus dem Portfolio der Stadt Eisenach ergeben können. Dabei sollen besonders **Chancen** des Kreditportfoliomanagements hervorgehoben, aber selbstverständlich auch die **Risiken** realistisch dargestellt werden.
- ✓ Die Präsentation und die daraus resultierende Information an den HA/FA soll dann als **Grundlage** zur Diskussion in den Fraktionen dienen mit dem Ziel, dass sich der Stadtrat eindeutig **für oder gegen** die Weiterführung des aktiven Kreditportfoliomanagements **positioniert**.

Wenn sich der Stadtrat **für** das Kreditportfoliomanagement in Verbindung mit dem Abschluss derivater Finanzgeschäfte entscheidet, sollte wie unter 2.) verfahren werden, also die gleichzeitige **Übertragung der Entscheidungsbefugnis** auf den Oberbürgermeister, um ggf. sofortige Entscheidungen zu ermöglichen.

Sofern sich der Stadtrat jedoch **gegen** die Weiterführung des Kreditportfoliomanagements und damit gegen den Abschluss derivater Finanzgeschäfte entscheiden sollte, ist analog zu 1.) zu verfahren und der o. g. Grundsatzbeschluss aufzuheben.

Von Seiten der Verwaltung wird klar die Fortführung des Kreditportfoliomanagements **empfohlen**, jedoch **nur für den Fall, dass die entsprechende Entscheidungsbefugnis auf den Oberbürgermeister oder hilfsweise zumindest auf den Haupt- und Finanzausschuss übertragen wird**, denn:

- Mit dem **Haushaltssicherungskonzept 2008** (HSK) wurde beschlossen: „*Um die Zinsbelastung zu reduzieren wird eine professionelle Beratung und Betreuung des Portfolios in Anspruch genommen.*“ Ein aktives Kreditportfoliomanagement ist somit **Bestandteil** der Umsetzung des HSK. Schließlich ist es besser, einen Versuch zu unternehmen, das Kreditportfolio zu optimieren, als wenn „alles beim alten“ belassen würde.
- Die Beratung durch die beauftragte Bank ist bereits angelaufen, es wurden bereits zwei umfassende Schulungen (März und Juni 2008) durchgeführt. Die erste Sitzung des **Portfoliobeirates** findet am 12.08.2008 statt.
- Die Kosten für das erste Jahr der Beratung betragen **rd. 16.000 Euro**, die entsprechenden Verträge wurden im März 2008 abgeschlossen und sind vor Ablauf eines Jahres nicht kündbar. Aus diesem Grund wird eine Fortführung des Kreditportfoliomanagements auch **aus wirtschaftlicher Sicht als sinnvoll** erachtet.

Doht
Oberbürgermeister

Anlagen und Verteiler